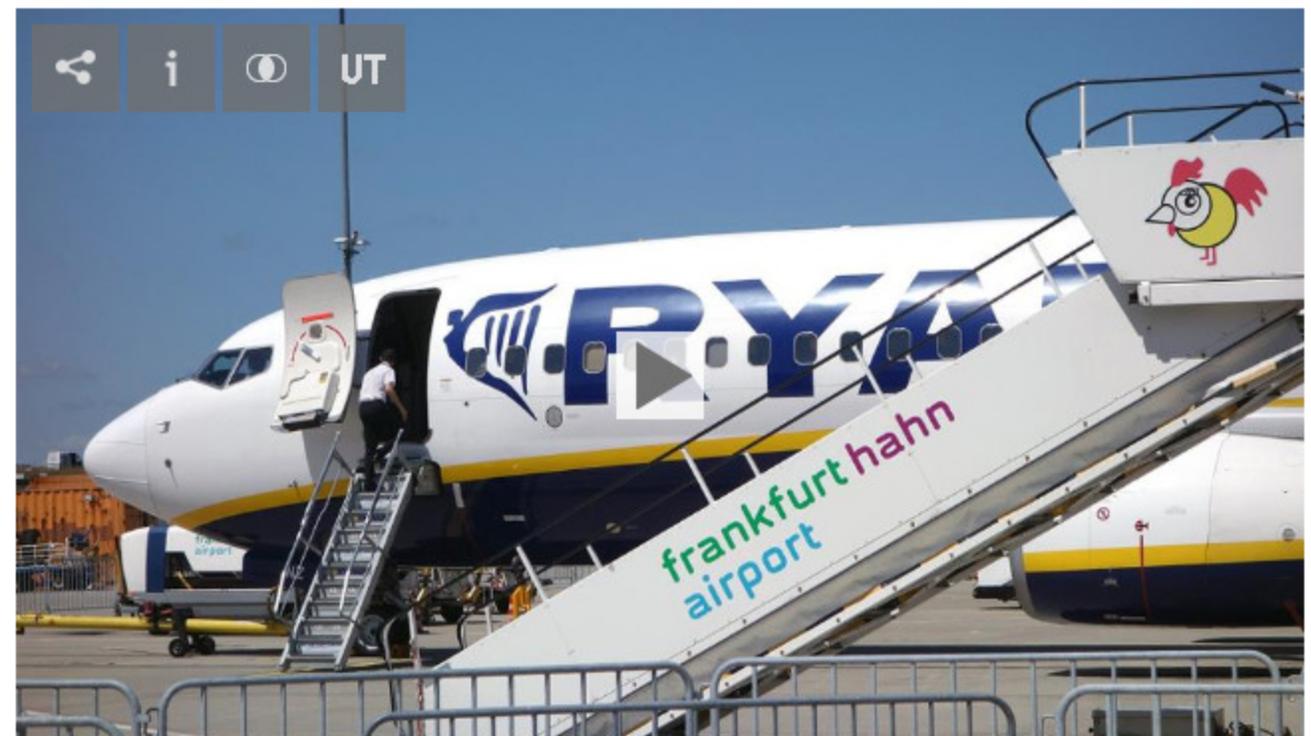


Hahn-Käufer gibt keine Arbeitsplatzgarantie

Der Käufer des Flughafens Hahn, die chinesische HNA Airport Group, hat keine Zusicherung für die Arbeitsplätze am Flughafen gegeben. Offen blieb auch die Zukunft von Ryanair am Hahn.



1:59 min | 29.3. | 19.30 Uhr | SWR Fernsehen RP

Fragen über Fragen



Video herunterladen (4,67 MB | mp4)

"Wir tragen hier ein sehr hohes wirtschaftliches Risiko", sagte der Sprecher der HNA-Gruppe, Christoph Goetzmann, am Mittwoch vor drei Landtagsausschüssen in Mainz. "Wir geben aber auch keine Zusicherung für die Arbeitsplätze ab, weil wir das doch gar nicht können." Rund 2.000 Arbeitsplätze in 72 Unternehmen hängen direkt am früheren US-Fliegerhorst im Hunsrück, davon etwa 300 bei der Flughafengesellschaft.

Flugbetrieb ja - mit Ryanair?

Der HNA-Sprecher bezifferte den Rückstau von Investitionen am Airport auf bis zu 75 Millionen Euro. Der Flughafen sei "ein Unternehmen, das saniert und restrukturiert werden muss, um zukünftig zu überleben". Goetzmann ließ offen, ob der bisherige Platzhirsch auf dem Hunsrückflughafen, der irische Billigflieger Ryanair, dort bleiben wird. "Es gibt keine Garantie, dass eine Ryanair in Zukunft ab dem Flughafen Hahn noch fliegt", erklärte der Sprecher. Gespräche zur Fortführung des Standorts seien aber geplant. Ryanair fliegt auch von Frankfurt, Luxemburg und Köln/Bonn.

HNA will den Airport Hahn ausbauen. "Es ist unser Ziel, den Flughafenbetrieb weiter fortzuführen", sagte Goetzmann. Die Lage mitten in Europa sei eine Chance. HNA plane pro Woche je drei Passagier- und Frachtflüge zusätzlich von und nach China. Den Luftfahrtkonzern HNA nannte Goetzmann einen verlässlichen Partner. Der HNA Airport Group gehörten 13 Flughäfen. Sie zahlt rund 15 Millionen Euro für den Airport Hahn, muss aber ein Landesdarlehen zurückzahlen. "Das ist er nicht wert, das muss man deutlich sagen", betonte der HNA-Sprecher.

Land muss möglicherweise noch Millionen zahlen

Rheinland-Pfalz hatte seinen Anteil von 82,5 Prozent Anfang März an die HNA Airport Group - einer Tochter des HNA-Konzerns - verkauft. Hessen hatte den Verkauf seiner 17,5 Prozent an eine Tochter der pfälzischen Firma ADC GmbH wegen eines Gesellschafterwechsels verschoben. Der Mainzer Landtag muss dem Verkauf noch zustimmen. Die EU-Kommission prüft Beihilfefragen. Auf das Land könnten bis 2024 bis zu 75 Millionen Euro an Subventionen und Sicherheitskosten zukommen.

CDU: Frage der Rechtssicherheit nicht geklärt

Die CDU hatte die Anhörung wegen noch offener Fragen beim Hahn-Verkauf beantragt. Nach dem Termin zeigte sich die CDU alles andere als zufrieden. Die Zweifel am Verkaufsverfahren seien nicht beseitigt, erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Martin Brandl. Vor allem lägen nach wie vor die Hintergründe des Bieter- und Gesellschafterwechsels bei ADC/HNA im Dunkeln. "Damit steht auch die so wichtige Rechtssicherheit des Verkaufsverfahrens durch die Gefahr möglicher Beschwerden von Konkurrenten in Frage", so Brandl. Auch für die AfD blieben viele Fragen offen. Fraktionschef Uwe Junge verwies auf dem Land drohende Kosten in Millionenhöhe und die Unklarheit über die Arbeitsplätze.

Auswertung im April

Die Akten, die die Landesregierung den Fraktionen bisher - teils erst auf Nachfrage - vorgelegt habe, machten eine Bewertung schwierig, hatte Brandl vor der Sitzung kritisiert. So sei etwa der Businessplan des Käufers HNA erst seit einer Woche vertraulich einsehbar und in großen Teilen geschwärzt. Das bemängelte auch der Koblenzer Wirtschaftsprüfer Günter Hilger. Wegen fehlender oder geschwärzter Daten sei er nicht in der Lage, den Geschäftsplan von HNA zu bewerten.

Vom 3. bis 7. April ist nach Angaben von SPD-Fraktionschef Alexander Schweitzer die Auswertung der Anhörung geplant. In einer Sondersitzung soll der Landtag dann am 26. April abschließend beraten und das Gesetz zum Flughafen-Verkauf verabschieden.



Auf dem Hahn soll sich viel ändern